

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at
www.atomgegner.at

Nr. 3, Oktober 2009

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

AKW-Mochovce

Einspruch oder Ablenkung?

160 km von Wien entfernt soll das slowakische AKW Mochovce ausgebaut, die Blöcke 3+4 fertig gestellt werden. Dabei soll auf die alte aus den 1980er Jahren stammende russische Atomtechnologie „neue“ westliche aufgepfropft werden. Mehrheitseigentümer von Mochovce ist der italienischen Stromkonzern Enel. Auch österreichische Firmen wie der Baukonzern Strabag wollen mitbauen. EU und europäische ERBD-Bank schießen Geld dazu. Da sagt die Atommafia Juhu! Jetzt soll es dazu eine so genannte Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) geben. Was ist davon zu halten?

Weil in Österreich die Ablehnung der Atomenergie riesengroß ist, traut sich keine Firma das direkt zu sagen, dass sie am Atomgeschäft mitprofitieren will und lobbyiert im Hintergrund. Umwelt- und Atomgegnerorganisationen deckten das aber auf. Doch auch die Politik muss sich rühren, umso mehr als jetzt in Vorarlberg (besonders AKW-ablehnende Bevölkerung) und Oberösterreich (Grenz-AKW Temelin) und im nächsten Jahr in Wien Wahlen stattfinden. Und so muss die PolitikerInnenkaste so tun, als ob sie auf Seiten der atomablehnenden Menschen stehen würde. Dabei mag es schon so sein, dass einzelne Politiker persönlich wirklich gegen AKW sind, doch wenn's darauf ankommt, wollen sie sich allesamt, egal welcher Parteifarbe sie angehören, mit der Wirtschaft nicht anlegen. Also was tun? So gibt es schon seit Jahren in Oberösterreich einen eigenen „Anti-Atom-Beauftragten“ des Landes. Mit dem Effekt,

dass das AKW Temelin trotz oder gerade wegen des „Melker Prozesses“ (Protokoll zwischen Österreich, Tschechien und der EU aus dem Jahr 2000 – mehr unter: http://www.europainfo.at/hm_b/detail.asp?show=32&glossar=1) läuft und läuft, strahlt und strahlt – mit inzwischen weit über 100 Störfällen! Die Politik redet und redet und die Atomwirtschaft profitiert und profitiert.

Jetzt flatterte auch in Wien eine Postwurfsendung aus unseren Steuergeldern „Ihr Einspruch gegen Mochovce“ in alle Haushalte. In Zeitungen wurde – wohl auch um Zehntausende Euro aus Steuergeldern – zusätzlich für den „Einspruch“ geworben. Die BürgerInnen werden aufgefordert: „Beziehen sie jetzt Stellung gegen Mochovce“. Doch die Menschen in Österreich sind längst gegen AKW. Wer nicht Stellung bezieht und sich hinter der Bevölkerung versteckt, das sind die PolitikerInnen. Mit dieser Aktion soll der Anschein erweckt werden, dass die PolitikerInnen für uns etwas machen. In Wirklichkeit sollen wir als Feigenblatt dazu missbraucht werden, dass die Politik bis heute nicht die AKW-Ablehnung der ÖsterreicherInnen umsetzt. Die PolitikerInnen tun ja gerade so, als müssten sie die Bevölkerung erst zur AKW-Ablehnung bringen. Zwischen 80 und 90 % der Bevölkerung sind bei uns gegen die Atomkraft. Mit dieser überwältigenden Mehrheit im Hintergrund könnten die Damen und Herren Politiker sofort handeln und wären aufgrund des Volksabstimmungs-Atom-Neins dazu verpflichtet. Aber nein, statt dessen rufen sie uns wieder zur Atom-Ablehnung via

„Einspruch“ auf. Das ist also eine Verkehrung der Wirklichkeit und eine Augenauswischerei.

Der vorgedruckte offizielle Einspruchs-Text soll einem scheinbar die Arbeit abnehmen. Einfach unterschreiben, ins Kuvert stecken und abschicken. Doch der vorgedruckte Text lautet u. .: „Folgende Punkte des Vorhabens stehen meiner Ansicht nach einem sicheren Betrieb entgegen ...“ Da wird ja so getan, als würden AKW jemals sicher betrieben werden können. Darin liegt die Finte. Wenn dann westliche AKW-Technik a la Siemens oder Framatome oder von US-Firmen (wie in Temelin) hingestellt wird, dann kuschelt die Politik auf einmal, redet von gar nicht existierenden „EU-Sicherheitsstandards“, um uns so erst recht für die Profit-Propaganda der Atomlobby zu präparieren.

Zudem muss man wissen, dass das Mittel des „Einspruchs“, ein so genanntes Umweltverträglichkeits-(UVP)-Verfahren ist. Da ist nicht einmal den Juristen im Land klar, ob da gemeinsame (über das jeweilige Bundesland, wie in Wien und Oberösterreich propagiert) oder einzelne Einsprüche „rechtens“ sind. Und schon gar keiner weiß, wie das die Slowakei und die EU-Juristen sehen. Jahrelange Rechtsstreitigkeiten mit vielen Akten für den Papierkorb sind vorprogrammiert. Inzwischen wird gebaut und in Betrieb genommen und die Politik versteckt sich hinter langwierigen Rechtsstreitigkeiten, um weiterhin in der Sache selbst nichts Konkretes zu tun. Was dabei herauskommt, hat man ja schon in der Vergangenheit gesehen. Vor knapp 20 Jahren hat die Politik ja auch schon Mochovce entdeckt gehabt. Kein Wunder, denn marod waren und sind die AKWs. Da gab es damals auch Wahlkampf, Greenpeace- und Global-Unterschriftenaktionen gemeinsam mit der

Der legalisierte Postraub

Ronald Biggs´ Postraub von 1963 war illegal und im Vergleich mit dem Raub der österreichischen Post durch Private wie ein „Räuber-und-Gendarm-Spiel“ von Kindern. Aber dieser Raub ist legal und die Gewinner von Milliarden auf Kosten der Kollegen von der Post und von uns allen lachen sich ins Fäustchen und legen sich abends mit ruhigem Gewissen schlafen. Diese Herrschaften sind

Kronen-Zeitung – 2 Millionen Menschen unterschreiben. Effekt praktisch Null. Heute sollen die Blöcke 3 + 4 fertig gebaut werden.

Die PolitikerInnen, von den arbeitenden Menschen gewählt, haben d a s zu tun, was die Menschen wollen. Am Beispiel der Atomenergie heißt das: deren Einsatz, Ausbau oder Förderung zu verhindern. Statt dies zu tun, wird die Bevölkerung aufgerufen, „Einspruch“ zu erheben. Aus Umfragen ist bekannt, dass die ÖsterreicherInnen die Atomenergie zu 85 bis 90 % ablehnen. Das sind rund 7 Millionen ÖsterreicherInnen. Daher kann die Politik sofort handeln!

Was kann Österreich tun? Wie können wir Druck ausüben auf die Atomlobby und ihre Handlanger in der Politik und in der „normalen“ Wirtschaft?

- + Raus aus Euratom
- + Raus aus IAEA
- + Keine öffentlichen Aufträge/Gelder mehr – und das heißt auch keine Bankgelder, denn die Banken wurden gerade auf Steuerzahlerkosten aufgepäppelt – für Firmen wie Strabag und Co., wenn sie bei Mochovce oder anderen AKWs mitbauen.

Diese seit mehr als 30 Jahren andauernde Missachtung des Atom-Neins der ÖsterreicherInnen kostet jährlich Millionen von Steuergeldern. Allein die Euratom-Mitgliedschaft kostet 40 Millionen Euro pro Jahr und mehr. **Seit 1995 hat Österreich die EU-Atomindustrie mit rund 600 Mio. Euro mitfinanziert.** Millionen, die in Österreich keine Arbeitsplätze geschaffen haben. Dieses Geld muss für die unter der Krise leidenden arbeitenden Menschen und für den echten Ausbau von erneuerbaren Energien verwendet werden. Alles andere ist undemokratisch!

ja ungerührt davon, dass durch diese Haifisch-Politik ab 2011 etwa die Zustellung von Briefen in entlegenen Landgebieten nicht mehr finanzierbar sein wird. Abgesehen von den unzumutbaren Arbeitsbedingungen der bei der Post verbliebenen Kollegen.

Mitte der 1990er Jahre wurde die Filetierung der Post mit der über EU-Richtlinien vorangetriebenen Liberalisierung der Telekom-

und später der Postmärkte in die Wege geleitet. Diese Liberalisierung wurde von den österreichischen EU-Vertretern mitbeschlossen. Die Bevölkerung wurde dazu nie befragt.

Interessanterweise wurde der erste Schlag am 1. Mai 1996, dem Tag der Arbeit, geführt: Die Post wurde „geteilt“ in „Gelbe Post“ und „Telekom Austria“. Das war die Vorleistung für die folgenden Untaten. Manche Postteile sind für Private sehr lukrativ. Der „Privatisierungswahn“ spielt ihnen in die Hände, sie reißen sich die besten Bereiche unter den Nagel und machen hohe Gewinne, während weniger Personal immer mehr bei niedrigeren Löhnen arbeiten muss.

Im November 2000 wurden 72,63 % des öffentlichen Dienstleisters Telekom im Wert von über einer Milliarde Euro von privat „gestohlen“. Ohne Zustimmung der Bevölkerung, aber mit Beschluss des Parlaments.

Der nächste „Diebstahl“ erfolgte am 16. Mai 2006. Da wurden 49% des öffentlichen Dienstleisters Post um 598,5 Millionen Euro gestohlen. Wieder von privat! Wieder mit Zustimmung des Parlaments, aber ohne Zustimmung der Bevölkerung.

Was war vorausgegangen? 2000 gab es noch 2486 Postämter und 35.493 Bedienstete. Inzwischen ist der MitarbeiterInnenstand um 27,5% auf 25.764 gesunken, die der Postämter gar um 47% auf 1.311 Poststellen. Der Gewinn hingegen ist um satte 580% von 28 Millionen auf 163 Millionen explodiert. Erarbeitet von ausgelaugten Mitarbeitern mit unmoralischen 3-Monatsverträgen. Ein Skandal!

Während Postgeneral Wais 600.000 Euro Jahresgage einstreifte wurden bei den Kollektivvertrags-Neuverhandlungen die Durchschnittsverdienste mit ca. 30% unter dem ohnehin nicht hohen bisherigen Niveau für die KollegInnen festgelegt. Schon bei der Post Beschäftigte werden in Gesprächen mit den Vorgesetzten gedrängt, in den neuen, schlechteren Kollektivvertrag zu wechseln. Eine besondere Frechheit ist in diesem Zusammenhang die Dividendenausschüttung: 2007 und 2008 wurden jeweils fast 170 Millionen Euro Dividende ausgeschüttet, das waren 2007 um 37% mehr, als Gewinn

gemacht wurde. 2008 überstieg die Dividende den Gewinn sogar um 42%.

Für die Aktionäre wird sogar das Eigenkapital gestohlen! Dafür gibt es keine Strafen, während der einfache Mann für die kleinsten Unregelmäßigkeiten von der Strafgerichtsbarkeit getroffen wird. Die Kapitalvertreter können ungeniert hinter den Nebelwänden von freiem Markt, privatisiertem Volkseigentum und EU-Richtlinien Milliarden an öffentlichem Eigentum stehlen. Die Privaten klauen sich die Zuckerl und überlassen dem „Postrest“ den weniger einträglichen Dienst an der Bevölkerung.

Dienstleistungen mit langjähriger Erfahrung und entsprechend eingearbeitetem Personal gehen verloren, werden ersetzt durch „Postpartner“. Geldgeschäfte, die üblicherweise in einer Bankfiliale abgehandelt werden, müssen Sie nun am Morgen beim Bäcker zwischen wartenden nervösen Kunden oder zu Mittag im Supermarkt oder am Abend an der Tankstelle erledigen. Persönliche, dem Postgeheimnis unterliegende Sendungen, werden von der Nachbarin übergeben. Usw.

Durch die Liberalisierung des Paketmarktes drängten sich viele Anbieter auf den Markt und es wurde ein unerbittlicher Konkurrenzkampf geführt. Dadurch verlor die Post z.B. das Paketvolumen der Versandhäuser „Quelle“ und „Universalversand“ an den vermeintlich billigeren Zusteller „Hermes“. Hunderte Mitarbeiter im Paketbereich wurden abgebaut. Was geschah dann? Nach monatelangen leidvollen Erfahrungen der Kunden und der Versandhäuser wurde die Auslieferung der Versandhauspakete wieder an die Post zurückgegeben.

Man könnte meinen, die Post hätte etwas gelernt aus dieser Sache. Nein! Sie vergibt jetzt selber Aufträge an „Im Dienste der Post“ arbeitende Kleinstunternehmer, die sich in einem gnadenlosen Wettbewerb befinden, durch den die Qualität der Arbeitsplätze ebenso wie die Qualität der Zustelleistung nach unten lizitiert wird.

Beschäftigte wie KundInnen verlieren dadurch. Aber verschanzt hinter Aktienpaketen und dicken Polstertüren profitieren die „Diebe“ des Volksvermögens, der öffentlichen Betriebe.

Es bist höchste Zeit, diese unmoralischen und dem Gemeinwesen schädlichen Umtriebe abzustellen!

Erst kommt der Profit, dann die Moral

Kürzlich habe ich in der Filiale einer großen Supermarktkette kleine Schweinsschnitzel gekauft, die auf dem Prospekt schön rosig abgebildet und zu einem äußerst günstigen Preis angeboten waren. Die Sonderangebotsschnitzel sollten für das Abendessen mit meinen Gästen gegrillt werden.

Erwartungsvoll um den Tisch sitzend, erlebten wir eine große Enttäuschung: Die Fleischstücke kamen total weiß aus dem Rohr und schwammen förmlich in Wasser.

Igitt! So etwas hatte ich noch nie erlebt. Zum Glück waren die Gäste nette gute Freunde und wir haben die „Kunstschnitzel“ trotzdem gegessen. Was aber mit dem Fleisch geschehen war, bis es zu uns auf den Tisch gekommen ist, blieb für uns ein Geheimnis und was wir da vor allem tatsächlich gegessen, bzw. mitgegessen haben, wissen wir bis heute nicht.

Da ärgert mich die Ignoranz der Lebensmittelindustrie schon einigermaßen, wenn von deren Seite gesagt wird, dass die Konsumenten selber Schuld seien, da sie nach billigen Produkten greifen würden. Haha! Wer so etwas behauptet, steht vielleicht nicht vor der Notwendigkeit, jeden Euro umdrehen zu müssen, bevor er ihn ausgibt. Und das sind auch im reichen Österreich immer mehr Menschen!

Jeden Monat ein neuer Lebensmittelskandal, die Täuschung der Konsumenten ist ein tägliches Geschehen, schlechte Produkte aus der Retorte werden den KonsumentInnen vorgesetzt, gentechnisch produzierte Erzeugnisse, Produkte aus der Nanotechnik und Lebensmittel, die nur mehr aus künstlichen Aromen und Geschmacksverstärkern bestehen, füllen die Regale der Supermärkte. Und das alles nur wegen des Profits. Rücksicht auf die Gesundheit der Menschen wird dabei keine genommen. Bei all dem gibt es von Seiten der Erzeuger sogar noch eine gute Ausrede: Auf dem Etikett ist eh alles aufgeschrieben, was drin ist. Und der Kunde soll eben, wenn ihm das eine nicht passt, ein anderes Produkt wählen. Aber wie oft ist es uns nicht schon so gegangen, dass wir auf das Bild auf der Vorderseite geschaut haben und in Eile waren und daheim erst gesehen haben, dass auf der Getränkepackung, auf der vorne eine große

Orange drauf ist, hinten draufsteht, dass gerade einmal 6% Orangen drin sind. Aber das ist vielleicht noch eine harmlose Geschichte. Viel riskanter ist es etwa, dass es keine Kennzeichnung für das Fleisch, die Wurst oder die Milch von Tieren gibt, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert werden. Auch in Österreich, obwohl wir ein gentechnisch freies Land sein wollen. Da stimmt uns sogar die Politik zu. Aber immerhin werden nach Österreich jährlich 670.000 Tonnen Gen-Soja importiert und verfüttert.

Bezüglich gentechnisch veränderter Pflanzen steht vielleicht ein heißer Herbst bevor, da die Firma „Bayer Crop Science“ sich um die Zulassung eines gentechnisch veränderten Reises bemüht. Das Produkt „LL62“ soll weltweit Milliarden Menschen versorgen. Dem ist entgegen zu halten, dass dieses Versprechen schon immer bei der Einführung gentechnisch veränderter Pflanzen gemacht wurde, aber noch niemals eingehalten worden ist. Die Agrar-Kommissarin Fischer-Boel verkündete kürzlich, dass Kommissionspräsident Baroso sich anschauen wird, ob man den Mitgliedsstaaten der EU größere Freiheiten in Bezug auf den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen geben solle. Sie unterstütze dieses Anliegen, so Fischer-Boel. Gleichzeitig warb sie für großzügigere Zulassung von Gen-Mais-Importen. Hier zeigt sich, dass diese Herrschaften nicht im Interesse der Konsumenten, sondern im Interesse der Profit-Industrie handeln. Um den Profit für die Industrie zu sichern, wird sogar das sonst so wichtig erachtete Prinzip von einheitlichen EU-weiten Richtlinien umgangen und jedes Land soll, etwa in Fragen von gentechnisch veränderten Lebensmitteln oder Saatgut, selber entscheiden dürfen. So werden die Verteidigungsbastionen der Ablehnung durchlöchert und schwups, bist Du von allen Seiten von Gentechnik umzingelt!

Oder haben Sie gewusst, dass in Indonesien Regenwald abgeholzt wird, um Palmöl zu gewinnen, das anstelle der bei uns im Übermaß vorhandenen Milch zur Verarbeitung für Lebensmittel und Tierfutter verwendet wird? Die Forderung von Minister Berlakovich, wieder mehr Milch in den Produkten zu verwenden anstatt des Palmöls

ist gut, aber gleichzeitig müsste er darauf schauen, dass der Erzeugung von „Kunst-Lebensmitteln“ ein Riegel vorgeschoben wird. Es gibt keinen Mangel an guten Lebensmitteln und keinen natürlichen Grund für die diversen „Zusätze“. Diese erfolgen lediglich aus Profitgründen, weil die Gier der Konzerne und ihrer Aktionäre nie genug kriegt. Es darf keinen „Analogkäse“ oder „Schimmelkäse“ geben!

Der Schädel brummt einem, wenn man all die Fremdwörter von Stoffen liest, die in unseren Lebensmitteln enthalten sind: Mykotoxine, Kontaminanten, Sorbate, Benzoate, Schwefeldioxyd, Phosphate, Cyclamate usw. Abgesehen von Konservierungsmitteln, Süßstoffen, Farbstoffen, Emulgatoren, Bindemitteln. Oder wissen Sie, was der ADI-Wert ist? das ist eine Abkürzung für „acceptable daily intake“, die „duldbare tägliche Aufnahme“, das ist die auf Lebenszeit gerechnete mögliche Aufnahme von giftigen oder gefährlichen Stoffen, ohne dass man dabei umkommt. Wobei aber bei weitem nicht für alle gefährlichen Stoffe schon Berechnungen vorliegen. Es gibt ja schon Leute, die sagen: Ich lasse mich nicht in der Erde bestatten, denn da würde die Erde kontaminiert. Ich lasse mich verbrennen!

Es gibt zwar Kontrollen, aber warum muss es diese geben und müssen erst, zwar noch zu niedrige, aber immerhin Strafen ausgesprochen werden, um die Lebensmittel menschenverträglich und nicht nur profitverträglich zu machen.

Zum Beispiel wurden von den Lebensmitteluntersuchungsanstalten der Agentur für Ernährungssicherheit und Gesundheit (AGES; www.ages.at) sowie den Lebensmitteluntersuchungsanstalten der Länder 2008 32.000 Proben untersucht. Unterschieden nach Stichproben (24.000) und Verdachtsproben (8.400). Insgesamt wurden 22% der Proben beanstandet (z.B.: gesundheitsschädlich; für den menschlichen Verzehr ungeeignet - verdorben; Kennzeichnungsmängel; Irreführung). Bei den Planproben wurden im Durchschnitt rund 16%, bei den Verdachtsproben durchschnittlich 41% beanstandet. Beim Verein für Konsumenteninformation (www.vki.at) ist eine „Schummellebensmittel“-Liste erhältlich.

Würde von der Industrie das erzeugt, was die Menschen brauchen, und nicht das, was in erster Linie und ohne Rücksicht auf die Gesundheit Profit bringt, dann bräuchte es keine „Schummelliste“!

Welche „Gefahr“ droht der Welt von Afghanistan?

Was machen die USA, ihre Truppen, ihre Luftwaffe in Afghanistan viele 1000.e km von ihrem Land entfernt, was machen deutsche Truppen und sogar Offiziere aus dem neutralen Österreich in Afghanistan?

Wieso führen die USA seit 9 Jahren direkt Krieg in Afghanistan. Vorher haben sie jahrelang

die afghanischen Mujahedin, die Vorläuferorganisation der Taliban, im Kampf gegen die russischen Besatzer unterstützt und z.B. auch Bin Laden mit Millionen Dollars finanziert.

Wieso erklärt Obama nun Afghanistan zum wichtigsten Kriegsschauplatz und stockt die US- Truppen dort massiv auf,

Weiters hat Obama vor kurzem Afghanistan und Pakistan zu einem einheitlichen Kriegsschauplatz erklärt. Er hat auch die Ausweitung des US-Krieges auf Pakistan durch illegale US-Luftangriffe mit unbemannten Flugkörpern befohlen.

Obamas Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, auch Berater früherer US-

Präsidenten, hat schon 1997 in seinem Buch „das große Schachbrett“ die Auffassung vertreten, dass die USA als einzige Weltmacht, um ihre globale Vormachtstellung zu erringen und zu behalten, die Vorherrschaft über Eurasien erringen muss und zwar deshalb, weil Eurasien der mit Abstand größte Kontinent ist, auf dem 75% der Weltbevölkerung leben und in der drei Viertel der weltweit bekannten Energievorräte liegen. Die durch die USA 2001/2002 erfolgte Besetzung Afghanistans und die Besetzung des Iraks gehörten schon bei Z. Brzezinskis Plänen 1997 zu den US-Herrschaftsvorhaben. Afghanistan ist für die US-Politik von entscheidender Bedeutung.

Es geht den USA nicht nur um die Kontrolle einer Ölpipeline zwischen der erdöl- und erdgasreichen Region um das Kaspische Meer und dem indischen Ozean, einer Verbindung, die Russland umgehen und das Öl zu den

Öltankern der großen US-Öl Konzerne bringen soll. Russland soll damit geschwächt werden.

Es geht vor allem um die so wichtige strategische Lage Afghanistans: Im Süden grenzt das Land an Pakistan, dahinter liegt Indien, das an China grenzt. Die USA haben Indien mit Atomwaffen aufgerüstet, um China zu bedrohen. Im Westen grenzt Afghanistan an den Iran, dem nächsten Kriegsziel der USA. Im Norden grenzt Afghanistan an die früheren zentralasiatischen Sowjetrepubliken Turkmenistan, Usbekistan und Kasachstan, in denen die USA schon länger versuchen, Einfluss und Stützpunkte zu gewinnen, um Russland weiter militärisch einzukreisen.

In Tadschikistan z.B. verhandelt die USA derzeit über eine Luftwaffenbasis im Norden.

In Usbekistan sind die USA wieder militärisch präsent, ebenso in der Hauptstadt von Turkmenistan. Und im Osten grenzt Afghanistan auch an China, neben Russland der zweite große Konkurrent der USA, der von seiner Wirtschaftskraft die absoluten Weltherrschaftspläne der USA gefährden könnte.

Das heißt, Afghanistan ist für die USA so etwas wie ein landgebundener Flugzeugträger und Stationierungsort für ihre (Atom)raketen Abschussanlagen und für ihre Luftwaffe und ihre Truppen. Es grenzt indirekt bzw. direkt an die zwei Länder, die wenn sie sich zusammenschließen, vor allem wirtschaftlich der Vorherrschaft der USA gefährlich werden könnten, nämlich Russland und China. (Brzezinski)

2007 schrieb Brzezinski in seinem Buch: „die 2. Chance“ in Kritik an der Außenpolitik der Regierung Bush 1, Clinton und Bush 2, die US-Politik müsse in Zukunft Europa mehr in seine Politik in Eurasien einbeziehen bzw. Absprachen mit China treffen und gleichzeitig Russland isolieren bzw. womöglich destabilisieren trachten! Europa soll den USA als „Sprungbrett auf dem eurasischen Kontinent dienen“! Es soll der Brückenkopf für die US-Interessen in Eurasien sein.

Die USA haben ihre Weltherrschaftspläne keineswegs relativiert bzw. abgeschwächt, sondern tragen dem Umstand Rechnung, dass Bushs vor allem rhetorischer Konfrontationskurs zuviel Widerstand bei den Völkern überall auf der Welt hervorrief und damit den Großteil der Welt gegen sich aufbrachte. Unter Obama wird die US Taktik

nach außen geschmeidiger, ihre Rhetorik klüger auf Kooperation vor allem mit den großen EU-Staaten ausgelegt, das Ziel bleibt das Gleiche, die globale Herrschaft der USA.

Obama plädiert ja auch für eine Aufstockung von EU-Truppen in Afghanistan, z.B. der deutschen Truppen bzw. für gemeinsame Anstrengungen der USA und der EU in Eurasien.

Er hat jedoch seine Forderung nach der deutschen Truppenaufstockung aus Rücksicht auf Angela Merkel auf nach der deutschen Wahl verschoben.

Im Übrigen stehen auch schon einige österreichische Offiziere unter deutschem Kommando in Afghanistan.

Die großen EU-Staaten und ihre Konzerne machen einerseits mit den USA gemeinsame Sache, um so ihre Interessen zu wahren. Gleichzeitig baut die neue EU-Militärunion ebenfalls eine schnelle Eingreiftruppe aus, als offensive Konkurrenz zur USA im Kampf um Absatzmärkte, geopolitischen Einfluss, Rohstoffquellen. Die Euro-Armee soll letztlich laut Plan 360 000 Soldaten stark sein. 120 000 Soldaten sollen damit permanent samt Hubschrauber und Transportflugzeugen einsatzbereit sein. An der Seite der deutschen Truppen sollen nun zunehmend auch österreichische Soldaten wieder einrücken, in fremde Kriege ziehen.

Das deutsche Militär soll, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) einmal schrieb, in Afghanistan „die herrschende Weltordnung verteidigen“, (FAZ 13.08.2006), das heißt die Profitordnung verteidigen!

Es geht den USA nicht um einen wirklichen Frieden in der Region - den können sie gar nicht brauchen! Dazu schrieb ein profunder Kenner der Region, Christoph R. Hörstel, ein ehemalige ARD-Mitarbeiter, der seit über 20 Jahren die Region bereist und zuletzt als Coach im Fach „Landeskunde Afghanistan“ für Führungskräfte der Bundeswehr-Schutztruppe für Afghanistan arbeitete, in seinem kürzlich erschienenen Buch »Brandherd Pakistan« .
„Wir müssen uns darüber klar sein, daß am Hindukusch, in Zentralasien, mitten zwischen Iran und China, die Feststellung „mission accomplished“ (Mission beendet) eine Art Horrorvorstellung für amerikanische Interessenvertreter darstellt: Denn in diesem Fall müssten die USA ihre Truppen zurückziehen. Und dann macht Asien sich sozusagen selbständig. Der Iran stellt seine

Energierohstoffe chinesischen Abnehmern zur Verfügung – abgerechnet werden diese Lieferungen bereits heute nur noch zu 40 Prozent in US-Dollars – und dann haben die USA tatsächlich Macht und Einfluss verloren.“

Das heißt: Die USA braucht den Krieg in Afghanistan. Sie hat k e i n Interesse an einem

dauerhaften Frieden in der Region, dann hätten sie keinen Vorwand, in dieser Region weiter zu bleiben. Als Vorwand dient ja u.a. der „Krieg gegen den Terror“.

Deswegen sagte Obama schon vor seiner Wahl: „Ich glaube, dass hier (in Afghanistan) der Hauptfokus, die Hauptfront im Kampf gegen den Terrorismus sein muss.“

Hörstel schreibt weiter in Bezug auf den Einsatz der deutschen Truppen in Afghanistan, dass

schon anfangs 2008 die regierungsnahen »Stiftung Wissenschaft und Politik« (SWP) in einer Studie schrieb, dass Deutschland »die Aufstandsbekämpfung als neue Einsatzrealität akzeptieren« müsse.

Hörstel weiter: *„Zur Legitimierung ihrer militärisch durchgesetzten strategischen*

Hegemonialinteressen in Asien lassen die USA heimlich über pakistanische

Geheimdienste ihre Gegner hochpäppeln, die sie gleichzeitig durch gewaltsame Eingriffe zu steuern versuchen. Dieses Doppelspiel

sichert den ständigen Zuwachs an eigenen und verbündeten Truppen in der Region, die dann dazu benutzt werden, weitergehende geschäftliche Ziele zu erreichen“.

Hörstel berichtet auch von einer allwöchentlichen Geheimdienst-Lagekonferenz im deutschen Bundeskanzleramt auf der er einen Teilnehmer fragte, ob denn der BND (deutscher Geheimdienst) über diese Doppelpolitik der USA informiert sei, den Krieg am Hindukusch heimlich zu befördern, um ihn offen ausweiten zu können.

Die Antwort war: „Ja, wir wissen das“.

Unter diesem Blickwinkel bedeutet Obamas Aussage, „Der Krieg in Afghanistan ist nicht zu gewinnen“, dass dieser Krieg, im Interesse der USA, ewig weitergehen soll. Welch ein Zynismus auf Kosten des afghanischen Volkes, auf Kosten der Zerstörung des Landes, auf Kosten 10 000.er Toten.

Unter dem Vorwand, „Krieg gegen den Terror“, „Sicherheit für das afghanische Volk zu schaffen“, „unsere (= US) Bürger zu

schützen und die Werte, nämlich Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen“, führen die USA und nun schrittweise die europäischen Mächte in Afghanistan bzw. in der ganzen Region Krieg um Einflussphären, Absatzmärkte, Rohstoffquellen, Krieg um ungeheure Profite, führt die USA Krieg für ihre Weltherrschaft.

Schon Anfang der 90er Jahre stand im neuen Leitlinienentwurf des Pentagons

(US-amerikanisches Verteidigungsministerium) u.a.: „Es gibt andere Nationen oder mögliche Koalitionen, die in der ferneren Zukunft strategische Ziele und militärische Fähigkeiten entwickeln könnten, die auf regionale oder globale Vorherrschaft hinauslaufen. Wir müssen unsere Strategie jetzt darauf konzentrieren, dem Aufstieg jedes möglichen Konkurrenten

globaler Dimension zuvorzukommen.“ Und in einer Studie aus dem Umfeld des Pentagons

2000 stand ein Satz, der bei der Endfassung gestrichen wurde: „Der Präsident beabsichtigt nicht, es irgendeiner anderen ausländischen Macht zu erlauben, den gewaltigen Vorsprung, der sich den USA seit dem kalten Krieg eröffnet hat, aufzuholen.“

Hat die USA ja schon lange vor der von ihr ausgelösten großen Wirtschafts- und Finanzkrise überall auf der Welt Kriege geführt, unliebsame Regimes gestürzt, ihre Einflussphäre immer wieder auch militärisch durchgesetzt, so gilt dies seit der Weltwirtschaftskrise umso mehr.

Die USA gerät wirtschaftlich gegenüber den europäischen Großmächten aber auch gegenüber China und Japan immer mehr ins Hintertreffen.

Die ungeheueren Finanz - u. Wirtschaftskrise der USA wirkt sich auf der ganzen Welt aus. Der Tiefpunkt ist noch gar nicht erreicht. Die Industrieproduktion ist weltweit mindestens um ca. 20% eingebrochen. Die Arbeitslosigkeit in den USA und Europa nimmt immer noch weiter zu, nun werden ca. 10% Arbeitslosigkeit auch bei uns in Österreich prognostiziert

Die schwere Wirtschaftsrezession wird bis 2011 andauern.

Weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit, Verelendung, Verlust von Wohnungen bzw. Haus, all das trifft die Masse der Menschen während eine kleine Schicht von Reichen durch die Krise

noch reicher wurde und wird. Und die Banken und die anderen großen Finanzinstitute erhalten noch Milliarden an Steuergeldern, damit ihre Profite weiter gewährleistet sind. Die USA setzt in der Krise noch mehr auf die militärische Karte. Ob nun US-Autos von General Motors u.a. noch verkauft werden können oder wieder 10 000.e Arbeiter ihren Job verlieren, Jobs in der US-Militärindustrie sind sichere Arbeitsplätze. Die Rüstungswirtschaft und ihr Umfeld blühen, die Profite der Konzerne des militärisch-industriellen Komplexes steigen weiter. Kein Wunder, das US-Militärbudget betrug letztes Jahr schon ca. 1000. Milliarden Dollar plus 500 Milliarden für das Ressort für Sicherheit und Verteidigung plus die Kosten für den Irak-Krieg und den Krieg in Afghanistan, ca. 500 Milliarden Dollar pro Jahr. Krieg ist und bleibt direkt und indirekt das größte Geschäft

Österreich

Zu den Landtagswahlen

In Vorarlberg hat die SPÖ nur mehr 10% der Stimmen. In Oberösterreich hatte die SPÖ 2003, als sie gegen den Ausverkauf der Voestalpine auftrat (und dann nach der Wahl nichts mehr in diese Richtung unternahm), + 11% bekommen und 38% der Stimmen erreicht. Jetzt hat die SPÖ 13% verloren, das sind die höchsten Verluste der SPÖ seit 1945 die sie jemals bei Landes- oder Bundeswahlen einstecken musste. Gleichzeitig gewann die rechte FPÖ und kam in Oberösterreich auf 15%. Ja sogar die Regierungs-Unternehmerpartei-ÖVP legte leicht zu.

Nach Schwarz-Blau/Orange auf Bundesebene haben die WählerInnen zweimal hintereinander (Gusenbauer, Faymann) die SPÖ vor die ÖVP gewählt, weil sie keine Belastungen mehr wollen. Doch weder hat die SPÖ- oder Gewerkschaftsführung wirklich etwas gegen den Ausverkauf und den damit verbundenen Arbeitsplatzabbau noch gegen die Abwälzung der von den arbeitenden Menschen nicht verursachten Krise auf ihren Rücken unternommen. Im Gegenteil, das Spekulieren, das Gewinne-Ausschütten, das Manager-Boni-Auszahlen oder der Ausverkauf – siehe

Als Vorwand brauchen die USA „gefährliche Gegner, Terroristen und Terrorstaaten usw.“

Die USA, als einzige Supermacht, mit dem Anspruch auf Weltherrschaft, sind der gefährlichste und aggressivste Staatsterrorist der Welt. Sie bringen uns der Gefahr eines neuen Weltkrieges immer näher.

Österreichs Neutralität ist heute wichtiger denn je. Die Erhaltung bzw. die Verteidigung unserer Neutralität ist ein Beitrag zum Frieden in Europa und in der Welt. Wenn wir mitmarschieren, werden wir selbst zur Zielscheibe.

Nicht die Eingliederung in die EU der Konzerne und der Militärs, nicht die Kooperation mit der NATO, nicht die Aufgabe der staatlichen Souveränität und die Teilnahme an Kriegen, sondern eine aktive Neutralitätspolitik unseres Landes ist der beste Beitrag zu Sicherheit und Frieden!

AUA – geht mit Staatsgelder-Hilfe, also mit unseren Steuergeldern, munter weiter.

Und was ist mit den „Konjunkturpaketen“, die angeblich den arbeitenden Menschen zugute kommen sollen? Reine Propaganda. Beispielsweise wird weiter den Krankenkassen, die aufgrund der Ausplünderung von Schwarz-Blau/Orange und wegen der steigenden Arbeitslosigkeit (weniger Beitragszahlungen) kein Geld haben, kein Geld gegeben. Die Mindestsicherung wird nicht nur wieder aufgeschoben (2010), sondern sogar gekürzt – aber ebenfalls als Erfolg dargestellt. Gleichzeitig erhielten die Banken das 100 Milliarden „Hilfspaket“ und bekommt gerade jetzt die „Wirtschaft“ – auch das ist noch beschönigend – in Wirklichkeit die größten in- und v.a. ausländischen Großunternehmen in Summe 10 Milliarden als „Krisenhilfe“. Magna will für seine Einkaufstour beim deutschen Opel-Konzern 150 Millionen Euro vom österreichischen Steuerzahler. Ebenso will die Voestalpine, erst vor 5 Jahren mit viel Tam-Tam privatisiert, jetzt auch vom Staat 300 Millionen Euro. Die Unternehmer, die vorher und erst recht jetzt nur einstreifen, werden gehätschelt, für die arbeitenden Menschen

droht die Arbeitslosigkeit auf 10% und mehr zu steigen, von 500.000 (so viele sind es jetzt schon, wenn man die geschönten AMS-Zahlen weglässt) bis 800.000 ist die Rede. Gleichzeitig keift die Industriellenvereinigung gegen die Pensionisten, beschimpft sie als „asozial“, weil sie 1,9 % Erhöhung verlangen, hetzt Junge gegen Alte auf. Kollektivverträge werden einseitig von der Unternehmerseite gekündigt, keine neuen abgeschlossen. Industriellenchef Veit Sorger will gleich alle sozialen Gesetze loswerden, weil sie für die Unternehmer Ballast darstellen, und sieht in der Krise dazu eine gute Gelegenheit, wie er in Alpbach – beim jährlichen Treffen des Establishments – sagte.

Und was tut die SPÖ-Führung dagegen, die bei Wahlen vorgibt für die arbeitenden Menschen zu sein. Was tut die Gewerkschaftsführung? Beide hoffen, wenn sie die Unternehmer via „Sozialpartnerschaft“ und deren Partei, die ÖVP, bei Laune halten, d.h. ihnen ständig nachgeben, dann wird man ihnen schon etwas lassen, dass sie dann als „Erfolg“ für die arbeitenden Menschen verkaufen können. Doch das hat sich schon in der Vergangenheit und erst jetzt in der Krise, wo die Unternehmer noch mehr und direkt mit dem Hinausschmiss drohen, nicht abgespielt und als gefährlicher Trugschluss bewiesen, der die SPÖ zur 20%-Partei hin bringt. Ergebnis: ein Teil der Menschen, die bisher die SPÖ wählten, wählen jetzt ungültig oder den rechten Strache.

Schuld am Absacken der SPÖ sind nicht ihre Wähler, die sich abwenden. Die SPÖ verliert auch nicht, weil die FPÖ oder die ÖVP so „gut“ wären, oder die besseren Konzepte hätten, oder die Sorgen der Menschen

wirklich ernst nehmen oder gar Lösungen im Sinne der arbeitenden Menschen anzubieten hätten. Das reden uns (natürlich) diese Parteien ein und auch die Medien, die im Besitz der Reichen und Großkopferten sind. Auch die SPÖ- und Gewerkschaftsspitzen orientieren sich daran, weil sie die Unternehmer nicht angreifen und ihnen nichts wegnehmen wollen. Die SPÖ verliert, weil ihre Führer beim Schröpfen der arbeitenden Menschen im Namen der Krise und zugunsten der Unternehmer mitmachen und damit Verrat an ihren eigenen Grundsätzen und an den ureigensten Interessen der arbeitenden Menschen begehen.

Der einzige Ausweg ist, dass sich die arbeitenden Menschen selbständig und gemeinsam zusammentun und wehren. Ob das den jeweiligen Häuptlingen in Gewerkschaft oder SPÖ passt oder nicht. Nur so kann auch das perfide Spiel von ÖVP, FPÖ oder auch Grünen entlarvt werden, zu versuchen, sich im Windschatten des Niedergangs der SPÖ als neue „Arbeitervertreter“ anzubiedern. Unsere Interessen müssen wir selbst vertreten und so diejenigen in SPÖ und ÖGB, die ebenfalls mit den Oberen nicht einverstanden sind und gegen die zunehmende Unternehmerwillkür nicht mehr stillhalten wollen, ermutigen, sich nicht mehr gängeln zu lassen. Nur so können auch die Apparate in Zugzwang gesetzt werden, doch die arbeitenden Menschen zu unterstützen. Warten, dass die Apparate von sich selbst aus aktiv werden, obwohl sie bislang in der „Sozialpartnerschaft“ bequem leben konnten, ist vergebens.

USA-Energieminister

Für den Ausbau der Atomenergie

Der neue US-Energieminister, Steven Chu, wird als Wende in der US-Energie- und Klimapolitik in den Medien bejubelt. Er will dem Klimawandel und dem Anstieg der Meere begegnen: „Ganz ohne Ausbau der erneuerbaren Energien, durch all die Dinge, die heute schon technisch möglich sind.“ Klingt interessant. Und wie stellt er sich das vor? „Die USA setzen auf einen Neustart für die Atomenergie. Ein moderner Reaktor mit

der richtigen Konstruktion und ordentlichen Regeln für den Betrieb birgt keine Gefahren.“ Die „neue US-Politik“ ist in Wirklichkeit uralt und brandgefährlich! Nach den Ölkonzernen, die unter den Regierungen Bush gefördert wurden, sollen nun unter Obama die Atomkonzerne gefördert und ihnen gar noch ein „grünes Klimaschutzmäntelchen“ umgehängt werden. (Kurier, 16.9.09)

Deutschland

Atommüll + Protest



Seit über 30 Jahren wird nach **Gorleben** Atommüll verfrachtet und „geforscht“, um dort ein Atommüll-Endlager hinzubauen. AtomgegnerInnen sind nie müde geworden, dies als Wahnsinn und nicht machbar zu kritisieren. Kurz vor der deutschen Bundestagswahl wurde bekannt, wie dort Gutachten schon 1983 unter der Regierung Kohl gefälscht wurden. **Anfang September fand auch deshalb in Berlin eine Groß-**

Ost-AKW

Böse, gefährliche Russen-AKW – gute, sichere West-AKW?

Jahrelang und bis heute – Beispiel Temelin, Bohunice, Krsko, oder ganz aktuell Mochovce, wollen uns die Meinungsmacher einreden, dass diese Ost-AKW gefährlicher als die im Westen stehenden seien. Weshalb man kaum etwas über AKW im Westen, insbesondere nichts über die von Siemens erbauten AKW in Deutschland hört. „Deutsche Qualitätsarbeit“ ist da bestenfalls zu hören, doch in Wirklichkeit handelt es sich um „deutsche Propaganda“, die bei unseren

Anti-Atom-Demo mit über 50.000 TeilnehmerInnen statt, die größte seit den 1980er Jahren. Klargestellt wurde: Wer auch immer die Bundestagswahl gewinnt, soll sich darauf gefasst machen, dass mit den Menschen kein Ausstieg aus dem Atomausstieg möglich ist. Dies wurde auch von den wendländischen Bauern unterstrichen, die mit ca. 350 Traktoren angereist waren und seit Jahren gegen die Errichtung eines Atommüllendlagers in Gorleben kämpfen. Die Menschen wollen sich nicht ein „X“ für ein „U“ vormachen lassen. Die Atomenergie ist – trotz allen anders lautenden Behauptungen – auch in Deutschland keinesfalls beliebt. (Siehe: www.ausgestrahlt.de Demo-Video: www.graswurzel.tv/index.php?flv_id=90).

Fast zeitgleich wurde auch bekannt, dass im Atommüll-Lager im niedersächsischen **Salzstock Asse** gelogen wurde, dass die Balken sich nur so biegen. Die „Zeit“ musste sogar titeln: „Das Lügengrab“. Und sie befürchtet: „Schon bald könnte der niedersächsische Salzstock Asse einstürzen und 126.000 Tonnen Atommüll freisetzen. Über Jahrzehnte haben alle, die Energiewirtschaft, die Politik und die Wissenschaft, die Öffentlichkeit getäuscht.“ (Zeit-Dossier, 15, 10.9.09, www.zeit.de/2009/38/DOS-Asse). Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen, außer dass damit nur der sofortige Ausstieg, die Schließung aller AKW die Folge sein muss!

Medien – ja oft im deutschen Besitz, bewusst nachgeplappert wird. Oft waren und sind bei den Ost-AKW ja sowieso westliche Konzerne federführend: General Electric (USA) bei Krsko, Westinghouse (USA) bei Temelin, Siemens (Deutschland) bei Bohunice oder Enel (Italien) bei Mochovce. Auch Frankreichs Framatome steht da in seinen tödlichen Ost-Geschäften nicht nach.

Im Juli wurde – weitestgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit – bekannt, dass

nun der russische Atomenergiekonzern „Rosatom“ mit der deutschen Siemens bis Jahresende „eine der größten Gesellschaften im globalen Atomgeschäft“ formieren wollen. Dabei ist der russische Energieminister Sergej Schmatko stolz darauf, dass man Siemens nicht als „Gütesiegel“ brauche, sondern um den Kunden in der Welt komplexe Lösungen anbieten zu können. „Für unseren (russischen) Reaktor, den wir im bulgarischen Belene gebaut haben, erhielten

wir die europäische Lizenzierung.“ (alle Zitate: Die Presse, 23.7.09).

Auf Atomgeschäftsebene kennen die Konzerne also keine Berührungsängste. Uns arbeitenden Menschen in den verschiedenen Ländern soll aber die jeweils „eigene“ Atomtechnologie (die der EU usw.) als sauberer, besser, sicherer usw. verkauft und damit AKW wieder salonfähig gemacht werden.

Kanada / Ontario

Atomenergie zu teuer

Die Atomlobby beteuert immer, wie billig AKW seien. Allein die Wirklichkeit ist anders. So wollte der kanadische Bundesstaat Ontario seine AKW-Anlage in Darlington um zwei „moderne“ Reaktoren „der nächsten Generation“ erweitern. Im Jahr 2007 hat dafür die „Ontario Power Authority“ 7 Milliarden Dollar oder 2,9 Dollar je Kilowatt kalkuliert. Jetzt machte das AKW-Ausbau-Angebot der kanadischen Atomenergiegesellschaft AECL für zwei 1.200 Megawatt-Reaktoren 26 Milliarden Dollar oder 10,8 Dollar per Kilowatt aus. Der französische Atomkonzern Areva NP bot zwei 1.600 Megawatt-Reaktoren um 23, 6 Milliarden Dollar oder 7,38 Dollar je KW an. In

einem Hearing 2008 gab die Energiebehörde von Ontario an, dass alles, was 3,6 Dollar und mehr je Kilowatt kostet, verglichen mit Alternativen, etwa Naturgas, unökonomisch sei! Die Regierung von Ontario nahm daher davon Abstand, weil allein dieses Atom-Projekt das Atombudget der nächsten 20 Jahre aufgebraucht hätte.

Das heißt die lebensgefährliche Atomenergie ist heute 3-mal so teuer wie ungefährliche und ökologische Alternativenergien!!! Zudem ist dabei die Abwrackung und die nicht lösbare Atommülllagerung noch gar nicht eingerechnet. (Quelle: www.thestar.com/article/665644)

Das Letzte:

Italien: Mafiaboss packt aus

Atommafia + Maifa Hand in Hand

20 Seemeilen vor Cosenza an der kalabrischen Italienküste, in gut 480 Meter Tiefe, wurde ein 120 Meter langes Frachtschiff gefunden. In den 1980er und 1990er Jahren sind etliche Schiffe vor der Küste gesunken und bei den Versicherungen wurde nie auf Schadenersatz reklamiert. Jetzt weiß man warum: Mit einigen der Schiffe wurden um viel Geld Problemstoffe, also Gift, und sogar Atommüll versenkt. Das erklärt die nach Behördenangaben „unnatürlich hohen“ Strahlenwerte und Krebshäufigkeiten an dem kalabrischen Küstenstreifen, an dem 1990 eines der Schiffe strandete. (Presse, 16.9.09)

EINLADUNG

Das „Modell Güssing“

Ist Energieautarkie möglich und wenn, wie?

FILM + Diskussion

Montag 19. Oktober 2009, 19.00 Uhr

Amerlinghaus, Galerie
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Nachhaltige Krise oder Nachhaltigkeit in der Krise – und danach? Die Energieversorgung hat in unserer heutigen Zeit eine zentrale Bedeutung. Um Energie (Öl) werden Kriege geführt. Mit Energiebesitz ist Macht und Einfluss verbunden. Wie steht es um Arbeitsplätze und Umweltschutz? Die Atomenergie wird als Ausweg aus Klimakollaps und Energieverbrauchsanstieg gepriesen. Die einen betrachten ökologisches Wirtschaften als Gewinn schädigend, die anderen wollen mit Ökologie und Nachhaltigkeit Gewinne machen. Wo bleiben da die arbeitenden Menschen und der Umweltschutz. Unter welchen Bedingungen ist ein anderer Weg möglich?

Veranstalter:

GewerkschafterInnen gegen Atomenergie, ARGE Ja zur Umwelt, nein zur Atomenergie, Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit, Permakultur Austria, Wiener Plattform Atomkraftfreie Zukunft, Naturschutzbund Niederösterreich

Kontakt: ggae@gmx.at www.atomgegner.at 0650 830 7 830

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung und AKW-Bau. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

*Mit kollegialen Grüßen,
"GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"*

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S – ZVR 100322133**

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie.

Kontaktadresse: Stiftgasse 8, 1070 Wien. E-mail: ggae@gmx.at Homepage: www.atomgegner.at